

E1_neu2 Die Welt wird nicht kleiner - GRÜNE Politik aktiv als globale Politik denken

Gremium: LAG Frieden, Europa und Internationales
Beschlussdatum: 10.08.2017
Tagesordnungspunkt: 6. Schlaglicht Europa

- 1 Die Herausforderungen politischen Handelns anzunehmen, bedeutet sie
2 partizipativ, gerecht und nachhaltig gestalten zu wollen. Frieden,
3 Gleichberechtigung, Demokratie und Respekt gegenüber der Umwelt sind Eckpfeiler
4 GRÜNER Politik. Als GRÜNE wollen wir, dass Menschenrechte, Selbstbestimmung und
5 Freiheit für alle Menschen weltweit gelten. Wir wollen unsere Verantwortung an
6 den globalen Herausforderungen eben so gestalten, dass unser Handeln ein
7 Bewusstsein für globale Zusammenhänge widerspiegelt, dass die Welt durch unsere
8 aktives Handeln friedlicher, gerechter und fairer wird.
- 9 Wir wissen, dass bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement enorm
10 wichtig sind, denn unser Land steht nicht allein. Wir haben zahlreiche
11 wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Kontakte und Beziehungen, die über
12 nationalstaatliche Grenzen hinausreichen.
- 13 Neben den zahlreichen Konflikten in der Welt, kalten wie heißen, schwielt über
14 allem die Gefahr des Klimawandels und die moralische Verpflichtung Chancen für
15 alle Menschen zu eröffnen. Die UN gibt mit den 17 nachhaltigen
16 Entwicklungszielen (SDG) eine klare Orientierung und die Staatengemeinschaft hat
17 sich entschlossen, dem Pariser Klimaabkommen zu folgen. Doch diese Ziele sind
18 nicht nur Aufgabe der nationalen Regierungen, sondern auch der regionalen
19 Politik und der lokalen Akteure. Die Perspektive und Erfahrung des lokalen
20 Handelns muss zum Antrieb für Landes- und Bundesregierung werden. Für uns und
21 lokale Akteure ist klar: MV trägt als Teil der globalisierten Welt
22 entwicklungspolitische Verantwortung.
- 23 Obwohl GRÜNE Argumente im Landtag nicht mehr vertreten sind, werden wir nicht
24 aufhören die Auseinandersetzung für mehr Nachhaltigkeit und globale
25 Gerechtigkeit zu suchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern werden mit
26 Mut für eine globale Politik eintreten, die den Namen verdient. Nur so kann die
27 Welt ein sicherer Ort, Ressourcen nachhaltig verwendet und kulturelle Vielfalt
28 gelebt werden. Wir wollen diese Politik in die Kommunalparlamente tragen und die
29 Diskussionen mit den Bürger*innen in unseren Kreisverbänden suchen. Wir sehen
30 jeden Menschen, der zu uns kommt, als Chance und Bereicherung. Migrant*innen
31 brauchen Selbstvertretung, kulturelle Freiräume und gesellschaftliche Teilhabe.
32 Zivilgesellschaft ist ein Schlüssel für eine Willkommenskultur und gegen
33 Fremdenfeindlichkeit. Nur gemeinsam erreichen wir mehr Klimaschutz, nachhaltige
34 Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, kulturelle Bereicherung und globales
35 Lernen. Wir wollen in unseren Kreisverbänden im Kontakt zu den lokalen Akteuren
36 vor Ort und ehrenamtlich Engagierten mithelfen, diese Ziele zu erreichen.
- 37 Die Landesregierung darf sich allerdings nicht länger hinter dem zahlreichen und
38 großartigen ehrenamtlichen Engagement der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern
39 verstecken, sondern muss endlich selber anfangen zu handeln!
- 40 Wir wollen GRÜNE Politik in MV global ausrichten:
- 41 • Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit sind als Querschnittsaufgaben zu
42 betrachten. Landwirtschaft, Klima-, Umwelt- und Tierschutz,

- 43 Ressourcengerechtigkeit und -verbrauch und der Einsatz für den Frieden haben
44 eine globale Dimension.
- 45 • Wir fordern von Landes- und zukünftiger Bundesregierung, dass im Rahmen der
46 Neubewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) mit dem Geld nur noch
47 klima-, umwelt-, und tiergerechte Landbewirtschaftung gefördert wird.
 - 48 • Öffentliche Einrichtungen in MV müssen zur sozialverträglichen und
49 ökologischen Beschaffung ermächtigt werden.
 - 50 • Ehrenamtliche und kommerzielle Vertriebsstrukturen für fair gehandelte
51 Produkte müssen aktiv unterstützt werden. Erfolgreiche Modelle wie die
52 Fairtrade-Town Rostock können Anwendung finden für unsere Städte und den
53 ländlichen Raum.
 - 54 • Die Landesregierung muss in der Bildungsarbeit endlich den
55 „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ im Rahmen einer
56 Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und das "Weltaktionsprogramm Bildung für
57 nachhaltige Entwicklung" umsetzen.
 - 58 • Im Rahmen unserer BÜNDNISGRÜNEN Strukturen sollen Informationen und
59 Veranstaltungen mit globalem Bezug Netzwerken und Akteuren mitgeteilt werden.
60 GRÜNE Initiativen können innerhalb von Veranstaltungsreihen sichtbar werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G1neu Darum Grün für Mecklenburg-Vorpommern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.08.2017
Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dieser Spruch ist der Kern
2 GRÜNER Politik. GRÜNE Ideen, wie zum Beispiel der Atomausstieg oder die Ehe für
3 alle, die als unrealistisch oder gar sinnfrei verworfen wurden, setzen sich
4 durch. Doch niemals ohne uns. Im Gegenteil. Aktuell sehen wir in Nordrhein-
5 Westfalen, dass Koalitionen von gestern die Uhr wieder zurückdrehen wollen und
6 es tun. Dabei fehlt uns die Zeit, solche Rückschritte zu verkraften, denn über
7 unsere Zukunftsfähigkeit, die Zukunftsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns,
8 entscheidet auch diese Bundestagswahl. Gerade für uns ist es wichtig eine laute
9 Stimme im Bundestag zu haben, die nicht nur auf das Jetzt und Hier schaut,
10 sondern das Morgen in den Blick nimmt.

11 GRÜNE Politik ist Zukunftspolitik - wir wollen eine ökologische, gerechte und
12 offene Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Dafür sehen
13 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern folgende Punkte als entscheidend
14 an.

15 1. Klimaschutz voranbringen

16 Die größte Gefahr für die zukünftige Entwicklung weltweit ist die Erderwärmung.
17 Der Kampf um die immer weniger werdenden Ressourcen wie Wasser und Lebensmittel
18 bestimmen das Leben in vielen Teilen der Welt. Wir leben bislang kaum berührt
19 von den dramatischen Auswirkungen des Klimawandels. Die Bürgerinnen und Bürger
20 sind sich der Bedeutung des Themas dennoch bewusst. 71% der Menschen in
21 Deutschland sehen die Veränderung des Weltklimas als größte Bedrohung an. Sie
22 wissen, dass auch wir in Deutschland uns auf gravierende Veränderungen
23 einstellen müssen. Die Einhaltung der Klimaziele im Pariser Abkommen ist
24 entscheidend, um uns die Chance zu geben uns auf die Veränderungen einzustellen.
25 Uns in Mecklenburg-Vorpommern wird insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels,
26 zunehmende Sturmfluten und Überschwemmungen betreffen, die Sandstrände werden
27 kleiner, mehr Niederschläge und bis zu 27% weniger Sonnenstunden, sowie ein
28 Anstieg der Durchschnittstemperatur von bis zu 4,8 Grad erwarten uns. Trotz mehr
29 Niederschlägen werden wir ein trockeneres Land werden. Das Ökosystem der Ostsee
30 wird sich stark verändern, insbesondere durch den Temperaturanstieg und eine
31 weitere Verringerung des Salzgehalts. Dies wird besonders für den Dorsch sehr
32 bedrohlich. Seine Laichgebiete werden weiter schrumpfen, die Art noch schwerer
33 zu erhalten sein.

34 Allein durch die notwendige Steigerung der Effizienz lässt sich der Klimawandel
35 jedoch nicht stoppen. Sie muss einhergehen mit dem Ausbau der erneuerbaren
36 Energien und dem schrittweisen, und damit auch sozialverträglichen,
37 Kohleausstieg bis 2030. Entscheidend ist dabei nicht allein das Abschaltdatum,
38 sondern die CO₂-Menge, die die Kohlekraftwerke in die Umwelt abgeben. Genau
39 diese muss schnellstmöglich drastisch reduziert werden, um Zeit zu gewinnen, um
40 in anderen weit komplizierteren Bereichen unserer Wirtschaft, den Ausstoß von
41 CO₂ zu beenden.

42 100% Erneuerbare im Strombereich ist machbar, aber gerade in diesem Bereich
43 fährt die aktuelle Bundesregierung nach der Photovoltaik nun auch die

44 Windkraftnutzung vor den Baum. In aktuellen Ausschreibungen werden fantastische
45 Preise erzielt, von denen Experten nicht sagen können, wie diese Projekte diese
46 Preise in der Realität erreichen wollen. Wenn wir unsere Verantwortung gegenüber
47 den zukünftigen Generationen ernst nehmen, müssen wir die Energiewende retten
48 und konsequent weiter betreiben!

49 2. Neuer Mobilität zum Durchbruch verhelfen

50
51 Wir sind ein Bundesland, in dem viele Menschen auf ihr Auto wirklich angewiesen
52 sind. Diese Abhängigkeit wollen wir durch verbesserte Angebote im ÖPNV und SPNV
53 verringern. Wir wollen nicht nur eine bessere Vernetzung von Angeboten, sondern
54 auch sozialverträgliche Preise. Mobilität darf kein Luxus sein! Auch das Fahrrad
55 wird als E-Bike im Alltagsverkehr eine wesentlich größere Rolle spielen, weil
56 größere Entfernungen einfacher bewältigt werden können. Bei Neuwagen setzen wir
57 ab 2030 auf abgasfreie Autos. Dabei wird aus heutiger Sicht das E-Auto und auch
58 das Wasserstoff-Auto eine herausragende Rolle spielen. Wir schließen andere
59 Techniken dennoch nicht aus. Die notwendige Ladeinfrastruktur wollen wir
60 konsequent ausbauen. Mit z.B. nur einer Wasserstofftankstelle aktuell in ganz
61 Mecklenburg-Vorpommern lässt sich das Potential dieser Technologie in unserem
62 Bundesland kaum nutzen.

63 Damit die abgasfreien Autos sich gegen Benzin- und Dieselfahrzeuge endlich
64 durchsetzen, braucht es auch stärkere steuerliche Anreize, zum Beispiel die
65 Abschaffung des Dienstwagenprivilegs. Auch die Vorbildwirkung von
66 Landesverwaltung und vielen Kommunen ist noch stark ausbaufähig.
67 Nur ein zügiger Umstieg auf abgasfreie Technologien sichert der
68 Automobilindustrie in Deutschland eine Zukunft und damit auch die Arbeitsplätze
69 in den Zulieferbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern.

70 3. Landwirtschaft nachhaltig machen

71 Die zukünftige Agrarpolitik entscheidet darüber, ob in Mecklenburg-Vorpommern
72 die industriellen Massentierhaltungsanlagen nicht weiter wachsen, ob die
73 Nitratbelastung von Boden und Wasser sinkt und ob der dramatische Artenschwund
74 gebremst wird. Sie entscheidet darüber, ob das mit der Wachstums- und
75 Exportfixierung billigend in Kauf genommene Höfesterben, der
76 Konzentrationsprozess und ruinöse Preiskampf in der Agrarwirtschaft aufgehalten
77 werden können.

78 Wir wollen eine Landwirtschaft, die Tiere würdig behandelt, das Klima schützt
79 und die Artenvielfalt bewahrt. Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, in der
80 Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen haben und faire Preise erhalten, in
81 der Bauernhöfe nicht zu riesigen Agrarfabriken wachsen müssen, um zu überleben.
82 Auf Dauer wird nur eine Landwirtschaft erfolgreich sein, die nicht auf Kosten
83 von Mensch, Tier und Umwelt geht und die sich an den Bedürfnissen der Menschen
84 orientiert.

85 Wir wollen die Agrarfördermittel umschichten, damit sich der Einsatz der
86 Landwirtinnen und Landwirte für Klima-, Umwelt- und Tierschutz auszahlt. Die
87 öffentlichen Gelder sollen nicht mehr pauschal vergeben, sondern nur noch für
88 erbrachte gesellschaftliche Leistungen eingesetzt werden.

89 Eine gesellschaftliche Leistung ist es, wenn die Tiere wesentlich
90 umweltgerechter und artgemäßer gehalten werden und mehr Platz, Auslauf, Licht
91 und Beschäftigung bekommen. Eine solche Haltung wollen wir gezielt fördern und

92 die gesetzlichen Regeln verbessern. Unser Ziel ist es, in den nächsten 20 Jahren
93 aus der industrielle Massentierhaltung auszusteigen, dass Amputationen und
94 Qualzucht ein Ende haben. Wir wollen Qualitätsproduktion statt anonyme
95 Massenware für den Weltmarkt.

96 Auch der Verzicht auf Ackergifte, auf Überdüngung und das Schaffen von
97 Nahrungsgrundlagen, Rückzugs- und Lebensraum für wildlebende Tiere sind
98 gesellschaftliche Leistungen, die der Vielfalt heimischer Tier- und
99 Pflanzenarten eine Chance geben. Heute werden 50 Prozent mehr Pestizide als 1995
100 auf den Äckern in Deutschland eingesetzt. 50 Prozent weniger Vögel als noch vor
101 30 Jahren leben auf den landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands. Pestizide
102 gelten auch als wesentliche Ursache für das Sterben von Bestäubern wie Bienen,
103 Hummeln und Schmetterlingen. Mit einem Pestizidreduktionsprogramm mit klaren
104 Zielvorgaben wollen wir den Pestizidinsatz drastisch reduzieren. Besonders
105 problematische Pestizide wie das Pflanzengift Glyphosat und die
106 bienengefährlichen Neonicotinoide wollen wir abschaffen.

107 Den Ökolandbau und die regionale Verarbeitung und Vermarktung wollen wir
108 deutlich stärken, damit die Erzeugung von Biolebensmitteln nicht länger hinter
109 der steigenden Nachfrage her hinkt und die regionale Wertschöpfung den Menschen
110 in unserem Land ein besseres und krisenfesteres Einkommen sichert.

111 Neben der grundsätzlichen Umverteilung der Agrarfördermittel ist eine klare, für
112 alle verbindliche und verlässliche Kennzeichnung der Lebensmittel entscheidend.
113 Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Tierschutz und regionale Lebensmittel.
114 Wir wollen, dass sie beim Einkauf schnell sehen können, wo und unter welchen
115 Bedingungen Lebensmittel erzeugt wurden. Für alle tierischen Produkte wollen wir
116 eine Kennzeichnung, so wie es bei Eiern schon erfolgreich ist: „0“ für
117 ökologische Tierhaltung, „1“ für mehr Platz und Zugang ins Freie, „2“ für mehr
118 Platz und höhere Anforderungen an den Stall, „3“ für die gesetzlichen
119 Mindeststandards.

120 4. Familien stärken

121 Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben sein Leben später selbstbestimmt
122 leben zu können. Leider ist in Deutschland die Aussicht dies zu schaffen so sehr
123 abhängig vom Einkommen der Eltern wie in kaum einem anderen westlichen Land. Da
124 wiegt es umso schwerer, dass Mecklenburg-Vorpommern einen traurigen Spitzenplatz
125 beim Thema Kinderarmut einnimmt. Jedes 5. Kind im Land ist auf staatliche
126 Unterstützung angewiesen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für
127 Alleinerziehende. Sie werden bisher stiefmütterlich von der Politik behandelt,
128 als Familie zweiter Klasse. Wir wollen dies ändern und gezielt Alleinerziehende
129 stärken. Doch selbst die zur Verfügung stehenden Mittel kommen nicht vollständig
130 bei den Familien an, die bürokratischen Hürden sind zu hoch. Wir wollen
131 unbürokratisch und zielgerichtet Familien mit mittlerem und kleinen Einkommen
132 unterstützen, egal in welcher Familienform sie leben. 12 Milliarden Euro wollen
133 wir dafür zur Verfügung stellen, dass endlich alle Kinder die gleichen
134 Startchancen im Leben haben. Gute Bildung ist ebenfalls unerlässlich. Dazu
135 gehört für uns auch der Lernort. Der Erhalt und Bau von Schul- und
136 Kindergartengebäuden ist jedoch Aufgabe der Kommunen. Den meisten Städten und
137 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern fehlt es aber an Geld, um ihren Kindern die
138 Schulen zu bieten, die sie verdienen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der
139 Bund hier aushilft und mindestens 10 Milliarden zusätzlich zur Verfügung stellt.

140 Kinder zu haben darf kein Armutsrisiko sein. Trotzdem sind Familien mit Kindern,
141 und hier nochmal besonders Alleinerziehende, betroffen. Wir fordern hier
142 Gleichberechtigung für alle Formen der Familie. Ein Trauschein allein soll
143 niemanden vor dem Gesetz mehr besser stellen. Menschen, die füreinander
144 Verantwortung übernehmen sollen nicht mehr nur die gleichen Pflichten, sondern
145 auch die gleichen Rechte haben. Wir setzen uns daher für die Einführung eines
146 „Pakt auf Zeit“ ein, ähnlich dem schwedischen „Sambo“ Status. Damit erhalten
147 z.B. Lebenspartner*innen Auskunftsrechte gegenüber Ärzten über ihre Stiefkinder.
148 In Mecklenburg-Vorpommern lebt die überwiegende Mehrheit der Kinder nicht in
149 klassischen Familien, sondern in vielen unterschiedlichen Konstellationen. Für
150 sie wollen wir dadurch eine Gleichheit vor dem Gesetz herstellen.

151 5. Soziale Sicherheit schaffen

152 Mecklenburg-Vorpommern steht bereits jetzt vor Fragen, die andere Bundesländer
153 erst in Zukunft bewegen werden. Der demographische Wandel und unsere sehr
154 ländlich geprägten Räume sorgen mit dafür, dass die Gesundheitsversorgung
155 schwieriger und kostenintensiver wird. Gute Gesundheitsversorgung, gute Pflege,
156 sinnvolle Prävention kosten Geld. Wir wollen diese Kosten gerechter,
157 solidarischer verteilen und die Zwei-Klassen Medizin beenden. Deshalb schlagen
158 wir eine Bürgerversicherung vor, in der alle ihren fairen Anteil zur
159 Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen und niemand im Alter oder
160 schwierigen finanziellen Phasen ohne Krankenversicherung dasteht. Den Übergang
161 von dem jetzigen System mit gesetzlichen und privaten Krankenkassen gestalten
162 wir schrittweise. Mit als erste Gruppe sollen alle Abgeordneten des Bundestags
163 und der Länderparlamente in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln müssen.

164 Auch bei der Rente wollen wir klar die gesetzliche Rentenkasse stärken und auch
165 hier zum System der Bürgerversicherung übergehen. Hauptziel ist es, das
166 Rentenniveau zu stabilisieren, so dass auch zukünftige Generationen nicht in
167 Altersarmut leben müssen. Wir schlagen hier eine Garantierente vor, die klar
168 über der jetzigen Grundsicherung liegt und ohne Anrechnung privater
169 Vorsorgeleistungen allen zusteht, die in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wer
170 privat zusätzlich vorgesorgt hat, soll im Alter auch etwas davon haben.

171 Gerade in Mecklenburg-Vorpommern steigt die Anzahl der Menschen die von
172 Altersarmut betroffen sind. Dies liegt auch an den gebrochenen
173 Arbeitsbiographien nach der Wende, aber im besonderen Maß an den niedrigeren
174 Löhnen im Osten.

175 6. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben

176 Nach wie vor verlassen junge Menschen nach der Schule und der Ausbildung unser
177 Land. Einer der Hauptgründe ist nach wie vor, dass es zu wenige gut bezahlte
178 Arbeitsplätze hier gibt. Nach wie vor ist der Durchschnittslohn in M-V am
179 niedrigsten deutschlandweit, innerhalb unseres Land trägt die Insel Rügen
180 weiterhin die rote Laterne. Mit ein Grund für diese schlechten Zahlen ist die
181 sehr niedrige Zahl an tarifgebundenen Jobs. Das wollen wir ändern! Tarifverträge
182 sollen wieder einfacher allgemeinverbindlich für alle Betriebe einer Branche
183 werden. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der Rentenangleichung der
184 wichtigste Faktor zur Vermeidung von Altersarmut, denn mit der Angleichung der
185 Renten fällt auch die Höherbewertung der Rentenpunkte Ost weg. Wir wollen es
186 auch schwieriger und unattraktiver machen, anstelle von regulären, fest
187 angestellten, Mitarbeiter*innen auf Werksverträge und Leiharbeiter*innen

188 zurückzugreifen. Wir fordern, dass Leiharbeiter*innen von Beginn an den gleichen
189 Lohn wie die Festangestellten erhalten und zusätzlich eine
190 Flexibilisierungsprämie. .

191 Selbstbestimmt leben wo und wie ich will, heißt auch, dass die Menschen überall
192 Zugang zu Angeboten der Daseinsfürsorge, kulturellen Angeboten und Bildung
193 haben. Dafür muss nicht alles in jedem kleinen Dorf vorhanden sein, aber
194 erreichbar! In Zeiten der Digitalisierung bieten sich gerade den ländlichen
195 Räumen neue Möglichkeiten - wenn dann die Basis gelegt ist. Wir sind nach wie
196 vor ganz hinten, wenn es um den Breitbandausbau in Deutschland geht. Nach wie
197 vor gibt es zu viele weiße Flecken auf der Karte. Wir fordern sehr nachdrücklich
198 höhere Investitionen für den Ausbau und setzen dabei klar auf Glasfaser und
199 höheren Bandbreiten als 50 MBit/s. Schweden, mit einer Ausbauquote von 13,6% im
200 ländlichen Raum (Glasfaser) hat sich als Ziel gesetzt bis 2020 90% aller
201 schwedischen Haushalte mit 100 MBit/s zu versorgen. Daran müssen auch wir uns
202 messen lassen!

203 Die Teilhabe am sozialen Leben soll allen Menschen gleichberechtigt offen
204 stehen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zum Arbeitsmarkt. Bisher leisten wir
205 es uns Menschen zu benachteiligen und sie nicht ihre Fähigkeiten und Kreativität
206 ausschöpfen zu lassen. Wir fordern echte Integration und Inklusion, die gezielte
207 Förderung von Menschen entlang ihrer Bedürfnisse. Die öffentliche Verwaltung
208 muss hier mit guten Beispiel vorangehen. Wir fordern, dass in den Bundes- und
209 Landesbehörden die gesetzlich vorgesehene Quote für Menschen mit Behinderungen
210 innerhalb dieser Legislatur erreicht wird. Erst dann können wir diese Forderung
211 auch wirklich ernsthaft gegenüber der Wirtschaft vertreten.

212 Menschen die aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns kommen und eine
213 Bleibeperspektive haben, müssen wir auch die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt
214 zu leben. Der Zugang zu Sprachkursen, (Aus)Bildung und Arbeit soll erleichtert
215 werden. Nur so kann Integration gelingen.

216 Mecklenburg-Vorpommern muss zum Land der Zukunftschancen für alle werden,
217 unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Dazu gehört eine intakte Natur-
218 und Umwelt, gute Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gute
219 Arbeit und die Möglichkeit, sicher und frei von Gewalt, Anfeindungen und
220 Diskriminierung zu leben. Das können wir schaffen, aber dafür braucht es Mut, um
221 alte Muster aufzubrechen und Neues zu versuchen. Denn Zukunft wird aus Mut
222 gemacht!

G2neu Fossile Energieträger im Boden lassen - Erdgaspipeline Nord Stream 2 begraben!

Antragsteller*in: Kristin Wegner
Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern
2 stellt fest:

- 3 • Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist klimapolitisch nicht mit den Zielen
4 der Pariser Klimakonferenz vereinbar. Dem Ziel, die Erderwärmung deutlich
5 unter 2 Grad zu halten, stehen Neuinvestitionen in fossile
6 Energieinfrastruktur diametral entgegen. Der Bau einer weiteren
7 Erdgaspipeline manifestiert die Verbrennung fossiler Energieträger für die
8 kommenden 50 Jahre.
- 9 • Nord Stream 2 ist ein erheblicher und unwiderruflicher Eingriff in den
10 Naturraum Ostsee. Durch Baumaßnahmen wird das (noch) aktive Bodenleben
11 durch eine großflächige Ablagerung von Sedimenten nachhaltig gestört. Ein
12 Austreten von Erdgas im Havariefall birgt eine erhebliche Gefährdung des
13 sensiblen Ökosystems und für die Schifffahrt.
- 14 • Nord Stream 2 widerspricht europapolitischen Zielen. Der Routenverlauf
15 liegt maßgeblich in der ausschließlichen Wirtschaftszone. Dies hat zur
16 Konsequenz, dass eine politische und rechtliche Einflussnahme -
17 insbesondere europäischer Akteure - verhindert werden kann. Die Anlandung
18 ist durch das vorpommersche Küstenmeer zwischen Rügen und Usedom in Lubmin
19 beantragt. Damit bekommen Auflagen im Genehmigungsverfahren eine
20 europapolitische Dimension.
- 21 • Nord Stream 2 soll die Leitungskapazität für Erdgas verdoppeln, obwohl die
22 ersten beiden Stränge momentan lediglich höchstens zu 70% ausgelastet
23 sind. Diese Kapazitätsausweitung würde die Transportwege für Erdgas in
24 Europa grundlegend verändern. Neuinvestitionen in die OstseePipeline-
25 Anbindungs- und die Nordeuropäische Erdgasleitung würden folgen. Der
26 wirtschaftliche Druck auf die Ukraine würde sich weiter erhöhen, obwohl
27 die Ukraine trotz des Krieges im Donbas wichtigstes Transitland für
28 russisches Erdgas ist.
- 29 • Das Projekt Nord Stream 2 erhält sowohl aus der Bundes- als auch aus der
30 Landesregierung außergewöhnliche Unterstützung. Das
31 Landwirtschaftsministerium MV arbeitet der Nord Stream 2 AG direkt,
32 fehlerhaft und in grundsätzlich problematischer Weise zu, indem die
33 Landgesellschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen anbietet, die aus
34 naturschutzfachlicher Sicht nicht ortsnah am Eingriff sind. Zudem wird
35 noch die Erwerbsgrundlage von regionalen Landwirten gefährdet. Aus Fehlern
36 und Problemen zum Ausgleich von Nord Stream 1 wird offensichtlich leider
37 nicht gelernt.
- 38 • Gleichzeitig verfolgt das Öl- und Gasunternehmen Engie E&P Deutschland
39 GmbH die Neuerschließung von Gas direkt vor den Stränden Usedom. Mit
40 einem Förderzeitraum von 30 Jahren ist der Eingriff in den Naturraum
41 immens. Hierdurch werden die Energiewende und das Pariser Abkommen

42 konterkariert und das Vorhaben stellt für den Insel-Tourismus ein
43 erhebliches Risiko dar.

- 44 • Seit 2014 ist es still geworden um die Central European Petroleum GmbH,
45 die onshore auf Usedom und bei Ribnitz nach Erdöl bohrte. Dabei führte die
46 Firma gegenüber der Öffentlichkeit an, sie sei auf dem Bohrplatz bei Saal
47 fündig geworden. Erst eine parlamentarische Anfrage brachte hervor, dass
48 das offensichtlich nicht stimmt, denn gegenüber dem Bergamt erklärte die
49 Central European Petroleum, sie lasse die Probeförderung ruhen. Scheinbar
50 hat sich die Central European Petroleum einem neuen Ziel in Mecklenburg-
51 Vorpommern verschrieben: CEP hat vor Kurzem eine Normenkontrollklage gegen
52 die Landesregierung beim OVG eingereicht, und zwar aufgrund des
53 Ausschlusses von offshore-Bohrungen zum Zwecke der
54 Kohlenwasserstofferkundung und -förderung im
55 Landesraumentwicklungsprogramm.

56 Die Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern
57 beschließt:

- 58 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Bau der Pipeline Nord Stream 2 und
59 weiterer Erdgastrassenprojekte durch die Ostsee ab.
- 60 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Erschließung von eventuellen Vorkommen
61 vor Usedom ab. Dabei unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN explizit die
62 Initiative der Gemeinden, des Tourismusverbands und der Umwelt- und
63 Naturschutzverbände „Keine Gasförderung auf Usedom - Seeheilbäder statt
64 fragwürdiger Energieträger“.
- 65 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung eindringlich auf, mit
66 einer ernsthaften Strategie Energieeinsparungen voranzutreiben und den
67 Ausstieg aus fossilen Energieträgern konsequent umzusetzen.
68 Neuinvestitionen, welche die Transportkapazitäten fossiler Energieträger
69 erweitern, widersprechen dem Klimaschutz und dürfen weder direkt noch
70 indirekt unterstützt werden.
- 71 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern
72 und die ihr unterstellten Behörden auf, sich in Verfahren um Genehmigungen
73 neuer Pipelines rechtskonform und transparent zu verhalten. Insbesondere
74 in einem fortgeschrittenen Verfahren müssen die Beiträge von Umwelt- und
75 Naturschutzverbänden, sowie Landwirt*innen ernsthaft eingebunden werden.
- 76 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Fraktionen im Schweriner Landtag auf,
77 vor dem Hintergrund des zweifelhaften Verhaltens von CEP den
78 Landtagsbeschluss vom 02.07.2014 (entspr. Drucksache 6/2127) zur
79 Erdölförderung in Mecklenburg-Vorpommern rückzuholen und neu zu
80 verhandeln.
- 81 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderungen der Lofoten
82 Deklaration, in der mehr als 200 zivilgesellschaftliche Gruppen am
83 07.09.2017 Länder, Regionen und Unternehmen auffordern vor dem Hintergrund
84 der Pariser Klimaziele die Erkundung und Ausbeutung fossiler Energieträger
85 zu beenden und einen gemanagten Abbau des fossilen Sektors einzuleiten.
86 Der Landesvorstand wird beauftragt, den Unterzeichnern die Unterstützung

87 mitzuteilen, sowie einen Antrag zur Unterstützung der Lofoten Deklaration
88 zur Bundesdelegiertenkonferenz einzubringen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Dr. Fabian Czerwinski; Tobias Wilmes; Alexander Krüger; Sebastian van Schie

G3neu Freiheit wird aus Mut gemacht!

Antragsteller*in: Constanze Oehlich

Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben.
2 Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat –
3 beide wollen wir GRÜNE stärken. Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind
4 heute ganz unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Diesen Gefahren wollen wir
5 GRÜNE uns entschlossen entgegenstellen – und zwar nicht wie CDU und SPD mit
6 einer reflexhaften Verschärfung der Sicherheitsgesetze, sondern mit
7 rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen.

8 Die öffentliche Debatte um Sicherheitsfragen wird seit geraumer Zeit vor allem
9 aus dem Blickwinkel einer zunehmenden Terrorgefahr und den als erforderlich
10 erachteten Gegenmaßnahmen geführt. Eine differenzierte Betrachtung der Vorgänge
11 bleibt dabei oft ebenso außen vor wie etwa die Erfahrungen anderer Länder, die
12 trotz noch umfassenderer Sicherheitsgesetze und -verordnungen Ziel
13 terroristischer Anschläge wurden.

14 So konnten etwa die Anschläge in Frankreich nicht verhindert werden, obwohl dort
15 viel weitergehende Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft waren als
16 in Deutschland. Gleichwohl wurden in Berlin nach den Anschlägen von Paris sofort
17 Forderungen nach einer Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung laut. In solchen
18 Situationen müssen wir GRÜNE für die Wahrung der Bürgerrechte eintreten und uns
19 auch unbequemen Diskussionen mit einer klaren Position stellen.

20 Helfen wird uns dabei unsere Überzeugung, dass es ist viel wirksamer ist,
21 gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die
22 hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen
23 Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung,
24 flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu
25 erfassen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind nur
26 kontraproduktiv.

27 Sicherheit nicht zu Lasten von Bürgerrechten

28 Wir GRÜNE sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit,
29 unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst
30 einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der
31 aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine
32 weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien
33 auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer
34 wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven
35 Grundrechtsschutzes. Dabei ist für uns GRÜNE unstrittig, dass die Politik auf
36 terroristische Gefahren reagieren und Bürgerinnen und Bürger schützen muss.
37 Aber es ist uns auch bewusst, dass Terroristen und Extremisten das Ziel haben,
38 freiheitlich verfassten Gesellschaften ihre Freiheit zu nehmen. Sie deklarieren
39 es als ihren Erfolg, wenn unsere Freiheit in Reaktion auf ihre Aktivitäten
40 eingegrenzt und reglementiert wird. Der freiheitliche Rechtsstaat darf auch
41 deshalb nicht durch immer mehr Sicherheitsparagraphen ausgebremst werden. Die
42 Privatsphäre des und der Einzelnen muss vor dem anlasslosen, pauschalen und kaum
43 noch kontrollierbarem Zugriff des Staates geschützt werden.

44 Für einen freiheitlichen Rechtsstaat

45 Wir GRÜNE treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der
46 Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes
47 Einzelnen achtet. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Freiheit zu Gunsten
48 von vermeintlicher Sicherheit aufgegeben werden soll, braucht es starke GRÜNE,
49 die engagiert für den Schutz und die Bewahrung des freiheitlichen Rechtsstaates
50 eintreten.

51 Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und
52 Bürgerrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und
53 Bürger. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den
54 nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen
55 Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose
56 Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere
57 Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine
58 Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive
59 Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und
60 Diskriminierung zu schützen.

61 Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne Freiheitsrechte zu
62 schleifen. Dazu passt nicht, dass der Staat immer mehr persönliche Informationen
63 und Daten seiner Bürgerinnen und Bürger sammelt und immer länger speichert und
64 darauf zurückgreift. Und dazu passt auch nicht, dass der Staat zur angeblichen
65 Wahrung der Sicherheit alles und alle möglichst umfassend überwacht. Wir wollen
66 einen starken Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne
67 Misstrauen gegenübertritt, der Menschen- und Bürgerrechte garantiert und nicht
68 als Gefährdung der inneren Sicherheit betrachtet.

69 Für mehr Sicherheit stärken wir Polizei und Justiz

70 Mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen
71 Staates versuchen CDU und SPD, von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der
72 Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, werden
73 Gesetzesverschärfungen im Hauruckverfahren forciert, ohne die Folgen
74 abzuschätzen.

75 Dabei verfügten wir bereits vor den Gesetzesverschärfungen über einen
76 rechtlichen Rahmen, der es ermöglichte, auf Änderungen der Bedrohungslage
77 angemessen und effektiv zu reagieren. Nicht unzureichende gesetzliche
78 Bestimmungen, sondern Fehler im Vorgehen der Behörden und eine nicht
79 ausreichende Ausstattung der Polizei waren Grund für prekäre Sicherheitslagen
80 oder die falsche Ausrichtung von Ermittlungen. Vermeintlich populär
81 daherkommende Forderungen nach Änderung der Sicherheits- und Ordnungsgesetze
82 gehen damit am Ziel vorbei.

83 Eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz etwa mit zeitgemäßer Technik,
84 mehr Personal an den richtigen Stellen und eine gute Aus- und Weiterbildung sind
85 viel eher dazu geeignet, für Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit zu
86 gewährleisten, die sie zu Recht erwarten. Um sich auf diese eigentlichen
87 Herausforderungen konzentrieren zu können, wollen wir Justiz und Polizei von
88 sachfremden Verwaltungsaufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten
89 entlasten.

90 Dem Rechtsextremismus keine Chance

91 Die Diskussion um die wachsende Terrorismusgefahr, die angebliche Islamisierung
92 unserer Gesellschaft und die pauschalen Generalverdächtigungen gegenüber
93 Menschen mit Migrationshintergrund lenkt von der größten Gefahr für unsere
94 freiheitlich, demokratische Grundordnung ab. Bundesweit, aber vor allem auch in
95 Mecklenburg-Vorpommern geht vom Rechtsextremismus die größte Gefahr aus.
96 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft
97 keine Chance haben. Wir wollen langfristige Handlungskonzepte entwickeln, die
98 rechtsextremistische Propaganda entlarven und ihr demokratische Werte- und
99 Handlungsmuster entgegenhalten. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung und
100 der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen
101 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie
102 engagieren.

103 Wir GRÜNE in Mecklenburg-Vorpommern

104 - treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der Menschen- und
105 Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes Einzelnen achtet

106 - fordern eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz - wenden uns gegen
107 einen unbefristeten polizeilichen Präventivgewahrsam

108 - setzen uns für die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter als
109 Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Polizistinnen und
110 Polizisten ein

111

112 - fordern eine individuelle Kennzeichnung von Polizeikräften, insbesondere bei
113 Großeinsätzen

114 - lehnen die Vorratsdatenspeicherung als anlasslose Datensammlung und
115 Pauschalverdächtigung ab - schützen den öffentlichen Raum als ein Ort, in dem
116 wir alle uns unbefangen und ohne Angst bewegen können - wenden uns gegen die
117 Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze

118 - fordern die Gewährleistung des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität
119 informationstechnischer Systeme

120 - lehnen Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung als
121 Eingriffe in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung ab

122 - setzen uns für eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung der
123 unabhängigen Aufsichtsbehörde des Landesbeauftragten für Datenschutz und
124 Informationsfreiheit ein

125 - fordern langfristige Handlungskonzepte zur Unterstützung und einer Absicherung
126 der Finanzierung der gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen
127 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie
128 engagieren.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Jürgen Suhr; Claudia Müller; Richard Kinder; Dirk Niehaus; Philipp Schwitalla; Tobias Wilmes; Stephan Eßer

G3neu Freiheit wird aus Mut gemacht!

Antragsteller*in: Constanze Oehlich

Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben.
2 Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat –
3 beide wollen wir GRÜNE stärken. Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind
4 heute ganz unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Diesen Gefahren wollen wir
5 GRÜNE uns entschlossen entgegenstellen – und zwar nicht wie CDU und SPD mit
6 einer reflexhaften Verschärfung der Sicherheitsgesetze, sondern mit
7 rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen.

8 Die öffentliche Debatte um Sicherheitsfragen wird seit geraumer Zeit vor allem
9 aus dem Blickwinkel einer zunehmenden Terrorgefahr und den als erforderlich
10 erachteten Gegenmaßnahmen geführt. Eine differenzierte Betrachtung der Vorgänge
11 bleibt dabei oft ebenso außen vor wie etwa die Erfahrungen anderer Länder, die
12 trotz noch umfassenderer Sicherheitsgesetze und -verordnungen Ziel
13 terroristischer Anschläge wurden.

14 So konnten etwa die Anschläge in Frankreich nicht verhindert werden, obwohl dort
15 viel weitergehende Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft waren als
16 in Deutschland. Gleichwohl wurden in Berlin nach den Anschlägen von Paris sofort
17 Forderungen nach einer Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung laut. In solchen
18 Situationen müssen wir GRÜNE für die Wahrung der Bürgerrechte eintreten und uns
19 auch unbequemen Diskussionen mit einer klaren Position stellen.

20 Helfen wird uns dabei unsere Überzeugung, dass es ist viel wirksamer ist,
21 gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die
22 hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen
23 Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung,
24 flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu
25 erfassen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind nur
26 kontraproduktiv.

27 Sicherheit nicht zu Lasten von Bürgerrechten

28 Wir GRÜNE sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit,
29 unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst
30 einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der
31 aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine
32 weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien
33 auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer
34 wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven
35 Grundrechtsschutzes. Dabei ist für uns GRÜNE unstrittig, dass die Politik auf
36 terroristische Gefahren reagieren und Bürgerinnen und Bürger schützen muss.
37 Aber es ist uns auch bewusst, dass Terroristen und Extremisten das Ziel haben,
38 freiheitlich verfassten Gesellschaften ihre Freiheit zu nehmen. Sie deklarieren
39 es als ihren Erfolg, wenn unsere Freiheit in Reaktion auf ihre Aktivitäten
40 eingegrenzt und reglementiert wird. Der freiheitliche Rechtsstaat darf auch
41 deshalb nicht durch immer mehr Sicherheitsparagraphen ausgebremst werden. Die
42 Privatsphäre des und der Einzelnen muss vor dem anlasslosen, pauschalen und kaum
43 noch kontrollierbarem Zugriff des Staates geschützt werden.

44 Für einen freiheitlichen Rechtsstaat

45 Wir GRÜNE treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der
46 Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes
47 Einzelnen achtet. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Freiheit zu Gunsten
48 von vermeintlicher Sicherheit aufgegeben werden soll, braucht es starke GRÜNE,
49 die engagiert für den Schutz und die Bewahrung des freiheitlichen Rechtsstaates
50 eintreten.

51 Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und
52 Bürgerrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und
53 Bürger. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den
54 nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen
55 Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose
56 Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere
57 Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine
58 Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive
59 Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und
60 Diskriminierung zu schützen.

61 Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne Freiheitsrechte zu
62 schleifen. Dazu passt nicht, dass der Staat immer mehr persönliche Informationen
63 und Daten seiner Bürgerinnen und Bürger sammelt und immer länger speichert und
64 darauf zurückgreift. Und dazu passt auch nicht, dass der Staat zur angeblichen
65 Wahrung der Sicherheit alles und alle möglichst umfassend überwacht. Wir wollen
66 einen starken Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne
67 Misstrauen gegenübertritt, der Menschen- und Bürgerrechte garantiert und nicht
68 als Gefährdung der inneren Sicherheit betrachtet.

69 Für mehr Sicherheit stärken wir Polizei und Justiz

70 Mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen
71 Staates versuchen CDU und SPD, von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der
72 Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, werden
73 Gesetzesverschärfungen im Hauruckverfahren forciert, ohne die Folgen
74 abzuschätzen.

75 Dabei verfügten wir bereits vor den Gesetzesverschärfungen über einen
76 rechtlichen Rahmen, der es ermöglichte, auf Änderungen der Bedrohungslage
77 angemessen und effektiv zu reagieren. Nicht unzureichende gesetzliche
78 Bestimmungen, sondern Fehler im Vorgehen der Behörden und eine nicht
79 ausreichende Ausstattung der Polizei waren Grund für prekäre Sicherheitslagen
80 oder die falsche Ausrichtung von Ermittlungen. Vermeintlich populär
81 daherkommende Forderungen nach Änderung der Sicherheits- und Ordnungsgesetze
82 gehen damit am Ziel vorbei.

83 Eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz etwa mit zeitgemäßer Technik,
84 mehr Personal an den richtigen Stellen und eine gute Aus- und Weiterbildung sind
85 viel eher dazu geeignet, für Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit zu
86 gewährleisten, die sie zu Recht erwarten. Um sich auf diese eigentlichen
87 Herausforderungen konzentrieren zu können, wollen wir Justiz und Polizei von
88 sachfremden Verwaltungsaufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten
89 entlasten.

90 Dem Rechtsextremismus keine Chance

91 Die Diskussion um die wachsende Terrorismusgefahr, die angebliche Islamisierung
92 unserer Gesellschaft und die pauschalen Generalverdächtigungen gegenüber
93 Menschen mit Migrationshintergrund lenkt von der größten Gefahr für unsere
94 freiheitlich, demokratische Grundordnung ab. Bundesweit, aber vor allem auch in
95 Mecklenburg-Vorpommern geht vom Rechtsextremismus die größte Gefahr aus.
96 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft
97 keine Chance haben. Wir wollen langfristige Handlungskonzepte entwickeln, die
98 rechtsextremistische Propaganda entlarven und ihr demokratische Werte- und
99 Handlungsmuster entgegenhalten. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung und
100 der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen
101 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie
102 engagieren.

103 Wir GRÜNE in Mecklenburg-Vorpommern

104 - treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der Menschen- und
105 Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes Einzelnen achtet

106 - fordern eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz - wenden uns gegen
107 einen unbefristeten polizeilichen Präventivgewahrsam

108 - setzen uns für die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter als
109 Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Polizistinnen und
110 Polizisten ein

111
112 - fordern eine individuelle Kennzeichnung von Polizeikräften, insbesondere bei
113 Großeinsätzen

114 - lehnen die Vorratsdatenspeicherung als anlasslose Datensammlung und
115 Pauschalverdächtigung ab - schützen den öffentlichen Raum als ein Ort, in dem
116 wir alle uns unbefangen und ohne Angst bewegen können - wenden uns gegen die
117 Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze

118 - fordern die Gewährleistung des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität
119 informationstechnischer Systeme

120 - lehnen Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung als
121 Eingriffe in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung ab

122 - setzen uns für eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung der
123 unabhängigen Aufsichtsbehörde des Landesbeauftragten für Datenschutz und
124 Informationsfreiheit ein

125 - fordern langfristige Handlungskonzepte zur Unterstützung und einer Absicherung
126 der Finanzierung der gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen
127 rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie
128 engagieren.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Jürgen Suhr; Claudia Müller; Richard Kinder; Dirk Niehaus; Philipp Schwitalla; Tobias Wilmes; Stephan Eßer

G4neu2 In mehr Bahn investieren statt Strecken stillliegen

Antragsteller*in: Stephan Eßer
Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Die Bilanz der rot-schwarzen Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ist in
2 Bezug auf die Entwicklung des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV)
3 ernüchternd. Während der SPNV in anderen Bundesländern ausgebaut und das
4 Bahnangebot erweitert wird, erfolgen und drohen in unserem Bundesland
5 Streckenstilllegungen wie etwa bei der Südbahn oder aktuell bei der Verbindung
6 zwischen Stralsund und Barth. SPD und CDU nehmen dabei billigend in Kauf, dass
7 die Attraktivität des Bahnangebots unter jeder Reduzierung leidet. Während
8 andere Landesregierungen verbesserte Angebote des DB-Fernverkehrs erkämpfen und
9 durchsetzen, übt sich die Landesregierung in Passivität und akzeptiert ohne
10 großen Widerstand Entscheidungen des Bahnvorstands wie etwa die nicht erfolgte
11 Bahnsteigausstattung für Fernzüge der DB in Neubrandenburg, der drittgrößten
12 Stadt unseres Landes. Auch die Oppositionsfraktionen üben im Landtag anders als
13 wir GRÜNE dies getan haben, keinen Druck mehr auf die Landesregierung aus.
14 Mecklenburg-Vorpommern wird somit Zug um Zug zum bahnpolitischen Niemandsland.
15 Für ein derartig vom Tourismus geprägtes Bundesland ist dies auch aus
16 wirtschaftspolitischer Sicht ein Offenbarungseid. Es bedarf daher einer
17 grundsätzlich veränderten Ausrichtung der Bahnpolitik des Landes. Vor allem die
18 Wiederbelebung der Südbahn und der Erhalt der Strecke Stralsund-Barth haben für
19 uns GRÜNE höchste politische Priorität. Aber auch die Anbindung der Metropolen
20 Berlin und Hamburg an die Oberzentren in Mecklenburg-Vorpommern bedarf noch
21 einer deutlichen Verbesserung, besonders in Tagesrandzeiten.

22 Für eine Wiederbelebung der Südbahn

23 Wir GRÜNE unterstützen daher ausdrücklich die Bürgerinitiative zum Erhalt der
24 Südbahn und fordern eine Bahnoffensive für das südliche Mecklenburg. Der
25 durchgehende Betrieb der Südbahn von Parchim über Karow und Malchow bis Waren
26 (Müritz) (-Neustrelitz) mit Durchbindung aus Hagenow oder Schwerin ist mit
27 Einbeziehung der Strecke Plau am See – Karow – Krakow am See – Güstrow für ein
28 nachhaltiges Bahnangebot in der Region von elementarer Bedeutung, um die Bahn
29 für Nutzer wieder attraktiv zu machen. Das südliche Mecklenburg braucht eine
30 schnelle und direkte Anbindung an die Metropolregionen Berlin und Hamburg. Die
31 Südbahn ist vor allem auch für die Tourismusentwicklung von großer Bedeutung und
32 kann einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Auch deshalb hat die
33 Wiederbelebung, bzw. der Erhalt der Südbahn höchste Priorität.

34 Für den Bau der Darßbahn und den Erhalt der Strecke 35 Stralsund-Barth.

36 Wir GRÜNE unterstützen ebenso ausdrücklich die Bürgerinitiative zum Erhalt der
37 Bahnstrecke Stralsund – Barth. Mit einer Stilllegung, so wie dies seitens der
38 Landesregierung vorgesehen ist, würde nicht nur eine der bedeutenden
39 Tourismusregionen unseres Landes vom Bahnverkehr abgehängt werden, auch Berufs-
40 Pendler, Schüler des Fachgymnasiums in Velgast und der Berufsschule in Stralsund
41 wären in erheblichem Maße betroffen. Wir GRÜNE unterstützen die Bürgerinitiative

42 auch in ihrer Forderung nach Ausbau des Bahnangebots in die Tourismusorte Prerow
43 und Zingst.

44 Die Darßbahn kann ebenso ein verkehrspolitisches Erfolgsmodell werden, wie dies
45 der Bäderbahn auf Usedom gelungen ist. Es lohnt sich hier zu investieren und
46 Fischland-Dass für Bürgerinnen und Bürger sowie für viele Touristen noch
47 attraktiver zu machen. Doch auch unabhängig davon muss die bestehende Strecke
48 zwischen Stralsund und Barth erhalten bleiben.

49
50 Einreicher: Conrad Busse, Tatjana Busse, Stephan Eßer, Ralf-Peter Hässelbarth,
51 Claudia Müller, Rainer Kirchhefer, Gudrun Klein-Schrader, Ulrike Koch, Albert
52 Reinhardt, Karl Reinsch, Jürgen Suhr, Jutta Wegner, Heiko Zahn, LAG MoVe

Begründung

Erfolgt mündlich!

Unterstützer*innen

LAG Mobilität und Verkehr; Conrad Busse; Tatjana Busse; Ralf-Peter Hässelbarth; Claudia; Rainer Kirchhefer; Gudrun Klein-Schrader; Ulrike Koch; Albert Reinhardt; Karl Reinsch; Jürgen Suhr; Jutta Wegner; Heiko Zahn

G4neu2 In mehr Bahn investieren statt Strecken stillliegen

Antragsteller*in: Stephan Eßer
Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

1 Die Bilanz der rot-schwarzen Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ist in
2 Bezug auf die Entwicklung des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV)
3 ernüchternd. Während der SPNV in anderen Bundesländern ausgebaut und das
4 Bahnangebot erweitert wird, erfolgen und drohen in unserem Bundesland
5 Streckenstilllegungen wie etwa bei der Südbahn oder aktuell bei der Verbindung
6 zwischen Stralsund und Barth. SPD und CDU nehmen dabei billigend in Kauf, dass
7 die Attraktivität des Bahnangebots unter jeder Reduzierung leidet. Während
8 andere Landesregierungen verbesserte Angebote des DB-Fernverkehrs erkämpfen und
9 durchsetzen, übt sich die Landesregierung in Passivität und akzeptiert ohne
10 großen Widerstand Entscheidungen des Bahnvorstands wie etwa die nicht erfolgte
11 Bahnsteigausstattung für Fernzüge der DB in Neubrandenburg, der drittgrößten
12 Stadt unseres Landes. Auch die Oppositionsfraktionen üben im Landtag anders als
13 wir GRÜNE dies getan haben, keinen Druck mehr auf die Landesregierung aus.
14 Mecklenburg-Vorpommern wird somit Zug um Zug zum bahnpolitischen Niemandsland.
15 Für ein derartig vom Tourismus geprägtes Bundesland ist dies auch aus
16 wirtschaftspolitischer Sicht ein Offenbarungseid. Es bedarf daher einer
17 grundsätzlich veränderten Ausrichtung der Bahnpolitik des Landes. Vor allem die
18 Wiederbelebung der Südbahn und der Erhalt der Strecke Stralsund-Barth haben für
19 uns GRÜNE höchste politische Priorität. Aber auch die Anbindung der Metropolen
20 Berlin und Hamburg an die Oberzentren in Mecklenburg-Vorpommern bedarf noch
21 einer deutlichen Verbesserung, besonders in Tagesrandzeiten.

22 Für eine Wiederbelebung der Südbahn

23 Wir GRÜNE unterstützen daher ausdrücklich die Bürgerinitiative zum Erhalt der
24 Südbahn und fordern eine Bahnoffensive für das südliche Mecklenburg. Der
25 durchgehende Betrieb der Südbahn von Hagenow über Ludwigslust-Parchim-Lübz-
26 Malchow-Waren bis nach Neustrelitz ist für ein nachhaltiges Bahnangebot in der
27 Region von elementarer Bedeutung. Die Teilstrecken Parchim-Lübz-Malchow und
28 Waren-Neustrelitz müssen ebenso bedient werden wie die Teilstrecke
29 Malchow-Waren, um die Bahn für Nutzer wieder attraktiv zu machen. Das südliche
30 Mecklenburg braucht eine schnelle und direkte Anbindung an die Metropolregionen
31 Berlin und Hamburg. Die Südbahn ist vor allem auch für die Tourismusentwicklung
32 von großer Bedeutung und kann einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz
33 leisten. Auch deshalb hat die Wiederbelebung, bzw. der Erhalt der Südbahn
34 höchste Priorität.

35 Für den Bau der Darßbahn und den Erhalt der Strecke 36 Stralsund-Barth.

37 Wir GRÜNE unterstützen ebenso ausdrücklich die Bürgerinitiative zum Erhalt der
38 Bahnstrecke Stralsund – Barth. Mit einer Stilllegung, so wie dies seitens der
39 Landesregierung vorgesehen ist, würde nicht nur eine der bedeutenden
40 Tourismusregionen unseres Landes vom Bahnverkehr abgehängt werden, auch Berufs-
41 Pendler, Schüler des Fachgymnasiums in Velgast und der Berufsschule in Stralsund
42 wären in erheblichem Maße betroffen. Wir GRÜNE unterstützen die Bürgerinitiative

43 auch in ihrer Forderung nach Ausbau des Bahnangebots in die Tourismusorte Prerow
44 und Zingst. Perspektivisch ist auch ein Ringschluss mit einer Weiterführung ab
45 Zingst nach Wustrow – Neuhaus – Ribnitz-Damgarten / Graal-Müritz für die
46 Anbindung an die Regiopole Rostock sinnvoll

47 Die Darßbahn kann ebenso ein verkehrspolitisches Erfolgsmodell werden, wie dies
48 der Bäderbahn auf Usedom gelungen ist. Es lohnt sich hier zu investieren und
49 Fischland-Dass für Bürgerinnen und Bürger sowie für viele Touristen noch
50 attraktiver zu machen. Doch auch unabhängig davon muss die bestehende Strecke
51 zwischen Stralsund und Barth erhalten bleiben.

52
53 Einreicher: Conrad Busse, Tatjana Busse, Stephan Eßer, Ralf-Peter Hässelbarth,
54 Claudia Müller, Rainer Kirchhefer, Gudrun Klein-Schrader, Ulrike Koch, Albert
55 Reinhardt, Karl Reinsch, Jürgen Suhr, Jutta Wegner, Heiko Zahn, LAG MoVe

Begründung

Erfolgt mündlich!

Unterstützer*innen

LAG Mobilität und Verkehr; Conrad Busse; Tatjana Busse; Ralf-Peter Hässelbarth; Claudia; Rainer Kirchhefer; Gudrun Klein-Schrader; Ulrike Koch; Albert Reinhardt; Karl Reinsch; Jürgen Suhr; Jutta Wegner; Heiko Zahn

G5 Für eine nachhaltige FAG-Reform

Antragsteller*in: Henning Wüstemann

Tagesordnungspunkt: 4. Darum GRÜN

- 1 Kommunen und Gemeinden sind das Rückrat der Demokratie. Dies sind die Orte wo
2 Politik und Lebenswelt am dichtesten aufeinander treffen, wo jede Entscheidung
3 unmittelbar Auswirkungen auf das Umfeld hat und es kein "die da Oben" gibt,
4 sondern nur Nachbarn.
- 5 Demokratie kann im Selbstverständnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur von Unten
6 nach Oben funktionieren. Deshalb setzen wir uns für eine FAG-Reform ein, die die
7 finanzielle Selbstverwaltung wieder herstellt und Investitionen in eine
8 nachhaltige Zukunft ermöglicht.
- 9 Das Finanzausgleichsgesetz hat die Aufgabe das Recht auf Selbstverwaltung der
10 Gemeinden finanziell sicherzustellen.
- 11 Nur eine Gemeinde die in der Lage ist die ihr übertragenen Aufgaben zu
12 finanzieren, kann das verfassungsgemäße Recht auf Selbstverwaltung (Art. 28 (2)
13 GG) auch faktisch ausüben.
- 14 Dabei geht es sowohl darum einen Ausgleich zwischen dem Land und seinen Kommunen
15 sicherzustellen und andererseits um den Ausgleich zwischen unterschiedlich
16 finanzstarken Kommunen.
- 17 Das FAG ist seit längerem veraltet und nicht mehr an die aktuellen Gegebenheiten
18 angepasst. Um die Kommunen zu entlasten wurden Sonderfonds aufgelegt 2013 (100
19 Mio.) und 2014 (160Mio) die zwischen 2014 und 2017 zur Auszahlung kommen.
- 20 Ohne diese Sonderhilfen wäre das Finanzierungssaldo der Kommunen im Jahre 2014
21 wieder negativ gewesen, d.h. sie hätten mehr Schulden aufgenommen und das trotz
22 Sparkurs und positiver Konjunkturreffekte. Das zeigt die strukturelle Schieflage
23 des FAG.
- 24 Dementsprechend ist für 2018 eine Novelle des FAG geplant, die bereits in einem
25 Referentenentwurf vorliegt.
- 26 Die Situation stellt sich seit Jahren so da, dass die finanzielle Situation der
27 Gemeinden weiterhin schlecht ist, während das Land Millionen als Rücklagen
28 aufbaut.
- 29 Viele Kommunen im Land müssen seit Jahren ein Haushaltskonsolidierungsplan
30 erstellen um dem Land gegenüber darzustellen wie die aufgebauten Schulden
31 abgebaut werden können. Das Ergebnis ist, dass von der Substanz gespart wird,
32 notwendige Investitionen vernachlässigt werden, freiwillige Aufgaben gekürzt
33 oder ganz gestrichen werden.
- 34 Das trifft insbesondere die Kommunen hart, die eh schon strukturschwach sind und
35 die so in einen Teufelskreis aus Abwanderung und Rückbau geraten.
- 36 Das kommunale Selbstverwaltungsrecht und die lokale Demokratie werden auf diese
37 Art und Weise mit Füßen getreten, da alle wesentlichen finanzwirksamen
38 Entscheidungen vom Land genehmigt werden müssen und Mitglieder in Gemeinde- und
39 Kreisvertretungen nur bleibt dem Paradigma des Sachzwanges zu folgen, anstatt
40 die Weichen für die Zukunft ihrer Gemeinden zu stellen.

41 Vor dem Hintergrund der Debatte über die Entwicklung der ländlichen Räume -
42 demografischer Wandel, abgehängte Regionen, Rückbau von Infrastruktur - sind die
43 Weichen hier grundsätzlich falsch gestellt und das Prinzip der Gleichwertigkeit
44 der Lebensverhältnisse in weite ferne gerückt.

45 Es braucht daher in der Neufassung des FAG nicht nur einen Ausgleich zwischen
46 den einzelnen Kommunen, sondern eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse
47 insgesamt um die strukturelle Schieflage der Gemeindefinanzen zu ändern und der
48 gesamtstaatlichen Bedeutung der Kommunen Rechnung zu tragen.

49 lt. Entwurf des FAG sollen die Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen doch
50 nicht ungekürzt bei den Städten und Gemeinden ankommen. Es kann nicht sein, das
51 der Bund die prekäre finanzielle Situation der Kommunen anerkennt, Geld zur
52 Verfügung stellt, dieses aber nicht bei den Kommunen ankommt sondern das Geld an
53 den klebrigen Fingern des Landes hängen bleibt und dort weiter Rücklagen
54 aufgestockt werden, während der Investitionsstau bei Schulen, Kitas, Rad- und
55 Autowegen immer weiter zunimmt.

56 Das Kooperationsverbot, das für diesen Umstand mit verantwortlich ist, hat sich
57 überlebt. Wenn Aufgaben per Bundesgesetz an die Kommunen übertragen werden, wie
58 in den letzten Jahren häufig im Sozialbereich geschehen, müssen die Gelder dafür
59 auch direkt vom Bund an die Kommunen fließen. Es braucht also ein strenges
60 Konnexitätsprinzip.

61 Die Einführung der Doppik war für die Kommunen eine erhebliche Herausforderung.
62 Nichts desto trotz schärft es das Bewusstsein für den Bestand an kommunaler
63 Infrastruktur, der Notwendigkeit ihrer Erhaltung und Erweiterung. Es schärft das
64 Bewusstsein für notwendige Investitionen.

65 Das Land scheint das aber alles nicht zu interessieren. Es oktroyiert den
66 Kommunen die Einführung der Doppik auf, blickt aber weiter mit stur
67 kameralistischem Blick auf die Kommunalfinanzen. Es geht allein um
68 Finanzdefizite oder Überschüsse, was mit dem Geld geschieht, ob es sinnvoll und
69 notwendig ist eingesetzt wird, alles Informationen die die Doppik uns liefert,
70 interessiert das Land nicht.

71 Für Haushaltsneutralität kann man sich aber nichts kaufen! Dafür gibts ein
72 Bienchen und die echten Probleme werden schlicht ignoriert.

73 Wer von der Substanz spart, der spart nichts, sondern löst seine Rücklagen auf.
74 So weit muss auch das Land sich ehrlich machen und von einer undifferenzierten
75 und unsinnigen Konsolidierungspolitik abstand nehmen.

76 Wir fordern daher das auch das die Einführung der Doppik auf Landesebene geprüft
77 wird, um gleiche Betrachtungsmaßstäbe auf beiden Ebenen zu bekommen und das
78 Bewusstsein für notwendige Investitionen und Instandsetzungen öffentlichen
79 Eigentums zu stärken.

80 Der Eindruck entsteht, dass die Landesregierung die Kommunen nicht als Teil des
81 Landes sondern in finanzieller Hinsicht als Konkurrenten betrachtet und alles
82 tut um die Mittelzuweisungen gering zu halten und bloß kein zusätzliches Geld an
83 die Kommunen zu geben. Mit Sonderhilfen werden die Löcher gekittet statt die
84 strukturellen Ursachen anzugehen.

85 Es braucht jetzt einen großen Wurf statt des kleinen Kompromisses. Es ist sind
86 die Kommunen, als Lehrstätte der Demokratie, die in Ihrer Leistungsfähigkeit auf
87 dem Spiel stehen.

88 Wir setzen uns deshalb für ein Ende des Rot-Schwarzen Stillstandes ein und
89 fordern:

- 90 1. Eine generelle Erhöhung der Finanzausgleichsmasse
- 91 2. einen fairen interkommunaler Ausgleich, der sowohl die Umlandfunktion
92 größerer Kommunen berücksichtigt, als auch die notwendige Strukturstärkung
93 besonders finanzschwacher Kommunen
- 94 3. Symmetriegebot - beide Ebenen erhalten gleich viel von Überschüssen und
95 Unterdeckungen
- 96 4. die vollständige Weitergabe von für die Kommunen vorgesehenen Bundesmitteln
- 97 5. strenges Konexitätsprinzip - wer Leistungen bestellt, der muss auch dafür
98 bezahlen
- 99 6. Prüfung der Einführung der Doppik auf Landesebene

Unterstützer*innen

Johann-Georg Jaeger; Susann Schulz; Felix Drath; Barbara Drath; (LAG Wirtschaft und Finanzen)